

Bezugspreis:
Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.
frei ins Haus, vorausschickend Einzelne
Nummern 10 Pf.
Postbezugspreis:
Deutschland und Österreich-Litauen
3.- RM., für das übrige Ausland
4.50 RM. monatlich.
Verlangt ins Feld
bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
Postbestellungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz, Finnland, in die
Post-Bezugspreisliste.

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die Leberungspreise des Monatsheftes
sind 50 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das
ist gedruckt Wort 30 Pf.
(enthaltend
2 setzgerechte Zeilen), jedes weitere
Wort 15 Pf.
Stellenangebote und
Schlüsselangelegenheiten das erste Wort
20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte.
Lebensversicherungs-
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen
60 Pf. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
werden.
Schließen von 2 Uhr früh bis
7 Uhr abends.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 19. Mai 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vierte Kriegspfangsten!

An die Partei!

Die Sozialdemokratische Partei hat seit vielen Jahren
für das gleiche Wahlrecht in Preußen gekämpft.
Die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit des preußischen
Wahlrechts trat im Laufe des Krieges so offenkundig für alle
Welt zu Tage und löste einen so großen Unwillen im Volke
aus, daß schließlich nicht nur der König von Preußen,
sondern auch das preussische Staatsministerium sich für
das gleiche Wahlrecht einsetzten und seine Durchführung
feierlich ankündigten.
Trotzdem hat das Abgeordnetenhaus das gleiche
Wahlrecht wiederholt abgelehnt; die Regierung aber hat
die Aufhebung des Landtages, die von Millionen an der
Front und dahem als eine Selbstverständlichkeit erwartet
wurde, nicht ausgesprochen.
Diese Unentschlossenheit der Regierung muß die
reaktionären Feinde jeder Erweiterung der Volksrechte
in ihrem Widerstande gegen das gleiche Wahlrecht
bestärken.
Statt in absehbarer Zeit das gleiche Wahlrecht zu
erhalten, wird das deutsche Volk zunächst mit einer
Verkürzung der Protration zu rechnen haben.
Die Ankündigung der Regierung, daß vom 16. Juni
ab die Protration verkürzt werden soll, wird unter allen
Umständen durchgeführt werden.
Das zögernde Verhalten der Regierung gegenüber dem
preussischen Landtag wird den Massen des Volkes dadurch
nicht in besseres Licht gerückt.
Es ist selbstverständlich, daß der Parteivorstand die
ernste politische Situation nicht nur aufmerksam verfolgt,
sondern auch entschlossen ist, seine Pflicht und
Schuldigkeit nach besten Kräften zu tun.
Dazu gebührt er jedoch die tatkräftige
Unterstützung der Gesamtpartei.
Der Parteivorstand fordert deshalb auf, zielklar im
Sinne der letzten Mitteilungen zu verfahren, die er den
Organisationen und der Parteipresse gemacht hat.
Es müssen überall Versammlungen abgehalten werden,
in denen die Aufhebung des Landtages mit Entschiedenheit
gefordert wird.
Der Parteivorstand tritt binnen kürzester Frist mit
der preussischen Landeskommission und dem
Parteiausschuß zusammen, um zur Wahlrechtsfrage
und der Verkürzung der Protration Stellung zu
nehmen.
Berlin, den 17. Mai 1918.

Mit Parteigruß!
Der Parteivorstand.

Rücktritt Tschitscherins?

Aus Kiew wird dem „B. L.“ von gestern
gedruckt:
„Kowaja Wsedomoff.“ melden aus Petersburg,
daß der Rat der Volkskommissare an Stelle
Tschitscherins Karachan mit der vorläufigen
Leitung des Kommissariats für auswärtige
Angelegenheiten betraut habe.
Karachan hat bekanntlich auch an den
Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk
teilgenommen.
Ob die vorläufige Ernennung Karachans zum
Kommissar des Auswärtigen den Rücktritt
Tschitscherins einleitet, bleibt also abzuwarten.
Ueber die Ursache dieses Personenwechsels
verlautet nichts.
Nur der Hinweis auf Karachans Tätigkeit
in Brest-Litowsk fällt auf.
Natürlich kann nicht ausbleiben, daß das
Auscheiden Tschitscherins an dessen letzten
Notenaustausch mit der deutschen Regierung
erinnert.
Wir wissen längst auf Roten aus Anlaß der
Vorgänge in der Krim hin, die von Unstimmigkeiten
zwischen Moskau und Berlin zeugten, aber die
zurzeit vorhandene Lage nicht ganz gaben und
nur im größtmöglichen Umfange erkennen
lassen.
Der Rücktritt Tschitscherins wäre vielleicht
eine bemerkenswerte Ergänzung.

Senatsdiktatur in Finnland?

Stockholm, 18. Mai.
Laut einem Telegramm aus
Helsingfors an „Svenska Dagbladet“
beabsichtigt der finnische Senat dem
Landtage vorzuschlagen, dem
Präsidenten des Senats souveräne
Macht zu übertragen.
Obwohl sich die Jungfinnen und
Agrarier diesem Plane widersetzen,
glaubt man doch, er werde
gelingen.
Man schließt daraus auch, daß die
Umwandlung Finnlands in eine
Monarchie für den Augenblick
aufgeschoben ist.
Kopenhagen, 17. Mai.
„Berlingske Tidende“
meldet aus Helsingfors:
Die Festung Ino wurde von
finnischen Truppen besetzt.
Die Russen zogen sich
zurück, nachdem sie eine
Reihe von Befestigungsanlagen
zerstört hatten.
Letzten Dienstag sind
Tausende von Russen von
Helsingfors abgereist.

Erkundungen und Artilleriekämpfe -
Nahkämpfe bei Cassigny.

Berlin, 18. Mai 1918, abends.
Amtlich.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Amtlich.
Großes Hauptquartier, 18. Mai
1918. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampfzonen nahm die
tagüber schwache Artillerie-
tätigkeit vor Einbruch der
Dunkelheit erheblich zu.
Starkes
Störungsfeuer hielt die Nacht
hindurch an.
Kege
Erkundungstätigkeit führte
namentlich in der Gegend von
Cassigny zu heftigen
Nahkämpfen.
Mehrfach wurden
Gefangene
eingebbracht.

Gestern wurden 16 feindliche
Flugzeuge und 1 Zersplitterer
abgeschossen.

Von den anderen
Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Zubendorf.

Berlin, 17. Mai.
Unsere Unterseeboote haben im
Kermelkanal und an der
Ostküste Englands wiederum
13 000 B.-Keg.-L. feindlichen
Handeschiffes versenkt.

Zwei Dampfer wurden aus
stark gesicherten
Geleitzügen
herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes
der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Mai 1918.
Amtlich wird verlautbart:
Die italienische
Erkundungstätigkeit an der
Südwestfront ist
andauernd
reg.

Die Kämpfe zwischen
Dsum und Deboli wurden
fortgesetzt.

Der Chef des Generalstabes.

Ereignisse zur See.

Eines unserer
U-Boote, Kommandant
Hänsch, hat am 14. Mai vor
Salona einen großen
englischen
Zerstörer durch
Torpedoschuß
versenkt.

Flottenkommando.

Wien, 18. Mai.
Die amtliche „Wiener
Zeitung“ veröffentlicht
eine Kundmachung des
Ministeriums des Innern,
durch die bekannt
gegeben wird, daß das
Armeekorpskommando mit
Wirksamkeit vom 20. 5. 1918
folgendes verfügt:
Das östliche
Kriegsgebiet
entfällt, das südwestliche
weiter und enger
Kriegsgebiet bleibt
bestehen.

Ein Kühlmannsches Friedensfühlerdementi.

„Ein reines Märchen.“

Der Berliner Korrespondent des
„Neuwestfälischen Courant“
berichtet von einem
Gespräch, das er mit
Staatssekretär v. Kühlmann
über die sogenannte
Sendung des früheren
Kriegsministers Colijn nach
England hatte.
Herr v. Kühlmann sagte:
„Ich habe gehört, daß das
niederländische
Ententeblatt zweimal
behauptet hat, daß Herr
Colijn im Auftrage von mir
in England gewesen sei, um
über den Frieden zu
sprechen.
Es ist mir nicht bekannt,
ob Herr Colijn mit einigen
seiner Freunde in England
über den Frieden
gesprochen hat.
Offenbar wird im
Augenblick in England
ziemlich viel über den
Frieden geredet.
Die Behauptung, als
sei Herr Colijn, den ich
übrigens seit meiner
Amtszeit in Holland
kenne und verehere, in
meinem Auftrage, auf
meinen Wunsch oder in
Uebereinstimmung mit
mir nach England
gereist, um dort über
den Frieden zu
sprechen, ist ein
reines Märchen.
Ich habe mit Herrn
Colijn seit Monaten
weder unmittelbar
noch auf einem
Umwege in irgendwelcher
Beziehung
gestanden und habe
von seiner Reise erst
aus den Zeitungen
gehört.“

Der Dementierapparat
arbeitet lebhaft gegen
die Friedensfühlergerüchte.
Aber die Gerüchte, daß
für den Frieden etwas
unternommen werden
soll, wachsen eifrig
nach.
Wie das „Berliner
Tageblatt“ wissen
will, sei in Bern die
Rede davon, eine
Konferenz der
Neutralen zu
organisieren, um eine
Friedensbewegung
auf breiter Grundlage
in die Wege zu
leiten.
Westschweizer
Blätter behaupten,
der türkische
Gesandte in Bern
sei über Wien nach
Konstantinopel
abgereist, um für
den Fall einer
derartigen
Besprechung die
notigen
Weisungen zu
holen.
Wir fürchten, diese
Schweizer
Weldung bereitet
ein neues
Dementi vor.

Pfingstvakuum.

Am 4. Juli 1917 erklärte im
Hauptausschuß des
Reichstages der
sozialdemokratische
Redner Genosse Dr.
Landsberg:

„Hunger und
Not erträgt das
Volk; es soll aber
auch die
Gewißheit haben,
daß die Zeit der
politischen
Entrechtung
vorüber ist.“

Zufällig werden wir an
das Wort erinnert.
Wir finden es als
Zitat in einem
gegen die
Sozialdemokratie
gerichteten
Flugblatt der
„Konservativen
Schriftenvertriebsstelle
G. m. b. H.“.
Dort soll es zum
Beweis der
ungeheuren
Staatsfeindlichkeit
der Sozialdemokratie
dienen.
Einem normal
denkenden
Menschen wird es
wohl nur ein
Beweis für den
tiefen sittlichen
Ernst der
sozialistischen
Staatsauffassung
sein.

Gerade die
konservativen
Hintermänner des
Flugblattes, die
den Sinn dieses
Ausdrucks zu
verdrehen suchen,
hätten aber
allen Grund
gehabt, seinen
wirklichen
Inhalt zu
beherzigen; denn
wenn je, so ist
dieses Wort
heute am
Platze.

Eine
Herabsetzung
der Protration
hat sich nach
Ansicht der für
die
Volksernährung
verantwortlichen
Behörden
notwendig
gemacht.
Mit Recht
vermutet man,
daß die
Kunde nicht
freundlich
ausgenommen
wird.
Man sucht
zu
beschwichtigen,
von der
Notwendigkeit
zu überzeugen,
an das
Vaterlandsgefühl
zu appellieren.
Wir können
auch heute
nur antworten:
„Hunger und
Not erträgt das
Volk; es soll
aber auch die
Gewißheit
haben, daß die
Zeit der
politischen
Entrechtung
vorüber ist.“

Da aber
liegt der
Hund begraben.
Zu derselben
Zeit, zu der
das Vakuum
des
Nagens
vergrößert
wird, schafft
ein
liberalisiertes,
jeder
Existenzberechtigung
bares, auf
einem von
allen
Seiten für
ungerecht
anerkanntes
Wahlrecht
aufgebautes
Klassenparlament
ein Vakuum
des
Staatsbürgerrechts.
Eine in
Einführung
feierlicher
Regierungsversprechen
eingebrachte
Vorlage
macht es
zur
Farce, indem
es an der
entscheidenden
Stelle einen
leeren
Raum
läßt.
Anstatt die
Verminderung
der
Lebensmittelbezugsrechte
durch
eine
Vermehrung
der
Staatsbürgerrechte
erträglicher
zu machen,
unterstreicht
es in
plumper
Brutalität
das
körperliche
durch
das
geistige
Vakuum
und
wirkt so
direkt in
staatsfeindlichem
Sinne.
Den
alldutschen
Kreisen, die
nicht genug
über den
Reichstag
im
Kriege zu
schimpfen
wissen, kann
an dieser
Stelle zu
Gemüte
geführt
werden, daß
nicht der
Reichstag,
sondern
das
preussische
Dreiklassenhaus
das
Parlament
ist, das
eine von
der
Regierung
in
höchstem
Maße für
kriegsnotwendig
erklärte
Vorlage
abgelehnt
hat.

Auch an
anderen
Stellen
naht ein
Vakuum.
Wo am
Pfingsttage
Türkintken
und
Fenstergriffe
festlich
geputzt
blühen,
wird
künftig
gähnende
Schwarzee
sein.
Auch
das
Liebe
sich am
Ende
ertragen.
Sicherlich
ist
dieses
Opfer
nicht
das
größte,
das
vom
Volke
während
des
Krieges
verlangt
wird,
wenn
es
auch
als
recht
unmittelbarer
Eingriff
in
die
Hauslichkeit
empfunden
wird.
Aber
auch
dieses
Opfer
muß
vom
Dreiklassenhaus
noch
unterföhren
und
ins
Geistige
übertragen
werden.
Die
Türkintkenbeschlagnahme
erscheint
ihm
als
günstige
Gelegenheit,
für
ein
kommendes
besseres
Parlament
die
vielberufene
Klinke
der
Gehegabung
zu
beschlagnahmen.

Noch
immer
tuschelt
es
ja
hinter
den
Kulissen
von
Verständigungsversuchen,
als
deren
Kernstück
nach
wie
vor
der
Vorschlag
erscheint,
die
Verfassung
gegen
alle
späteren
Aenderungen
zu
verbarrikadieren.
Man
will
für
Verfassungsänderungen
unerreichbare
Mehrheiten
vorschreiben
und
gleichzeitig
alles,
was
das
Wesen
des
alten
reaktionären
Preußens
ausmacht,
in
die
Verfassung
hineinschnuggeln.
Will
dann
ein
künftiges
aus
gleichen
Wahlen
hervorgegangenes
Abgeordnetenhaus
einmal
in
dringender
Notlage
nach
der
Klinke
der
Gehegabung
greifen,
so
wird
es
mit
Sämerzen
bemerkbar,
daß
diese
Klinke
während
des
Krieges
von
heimlichen
Händen
abgeschraubt
worden
ist.

Ob
freilich
ein
Kompromiß
auf
dieser
Grundlage
wirklich
zustande
kommt,
ist
genau
so
fraglich
wie
vor
Wochen.
Eine
Weldung,
daß
die
Lohmann-Gruppe
zu
weiteren
Verständigungen
nach
links
hin
geneigt
sei,
hat
diese
mit
großer
Hoffnung
dementieren
lassen.
Auf
der
anderen
Seite
nimmt
allerdings
der
Umfall
des
Zentrums
nach
rechts
immer
deutlichere
Formen
an.
In
ihrem
Abgleiten
vom
gleichen
Wahlrecht
ist
die
Zentrumsfraktion
nun
bereits
so
weit
gelangt,
daß
sie
nach
Mitteilung
der
Zentrums-Parlamentskorrespondenz
eine
Zusatzstimme
für
das
Alter
zugestehen
will.
Freilich
ist
diese
Woff
den
Lohmännern
noch
nicht
ausreichend,
und
so
bleibt,
nachdem
alle
Möglichkeiten
durchprobiert
sind,
den
Gläubigen
der
Verständigung

kaum noch eine andere Hoffnung als die auf ein neues Pfingstwunder, eine plötzliche Erleuchtung von oben.

Auch in der auswärtigen Politik stehen wir vor einem vollständigen Zustand der Leere. Alle erfolgversprechenden Verhandlungen über den Frieden sind eingeleitet. Das englische Unterhaus hat zwar soeben eine Art Friedensdebatte mit einer langen Erklärung des Ministers Valfour gehabt, aber es waren mehr historische Reminiscenzen, um die sie sich drehte, als Pläne für die Zukunft. Der englische Minister hat zwar erklärt, daß England seinem ernst gemeinten Friedensvorschlag sein Ohr von vornherein verschließen werde, aber selbst die friedensfreundliche Richtung in England steht auf dem Standpunkt, daß der jetzige Moment für Verhandlungen nicht geeignet sei, und diese Auffassung teilt offensichtlich auch die deutsche Regierung, wie Herr Kühlmann neuestes Dementi zeigt. Beide Teile erwarten zunächst die Entscheidung der Waffen im Westen, aber auch hier ist in den letzten Tagen ein Zustand der Stille eingetreten, der allerdings jeden Augenblick einer erneuten gewaltigen Kraftentfaltung weichen kann.

So wäre das heurige Pfingstfest inmitten einer allgemeinen Stille auch in politischer Beziehung eine gute Gelegenheit für das deutsche Volk, seine hart mitgenommenen Nerven in den Festestunden auszuruhen, wenn nicht über dieser Stille die Erwartung kommender Stürme lastete. Was im Westen anheben wird, das liegt zurzeit als tiefes Geheimnis im Schoße der militärischen leitenden Stellen begraben. Aber was politisch zu erwarten ist, darüber kann man kaum im Zweifel sein. Das Vakuum, das ein dem Volkswillen trotzendes Parlament in die Wahlrechtsvorlage gerissen hat, wird wirken wie ein barometrisches Minimum, das von allen Seiten Stürme und Unwetter heraufsaugt.

Graf Hertling hat den Frieden zum Herbst prophesiert. Wir wünschen von Herzen, daß er recht behielte, aber er wäre nicht der erste Kriegspropheet, der sich getäuscht hat. Sicherlich ist die Gelegenheit, einen neuen Geist über das Volk auszugießen, von der Regierung gründlich verpaßt worden. Sie hätte es in der Hand gehabt, mit einem Wort den Alp des Dreiklassenhauses und der politischen Reaktion vom Volke zu nehmen. Sie hat es nicht gewagt. Nun muß der neue Geist von anders her kommen, und er kommt; denn auch inmitten der Gewitterstille und Leere dieses Pfingstfestes braucht das Volk Hoffnung, um leben zu können, Hoffnung auf eine bessere und freiere Zukunft. Freilich nicht im Sinne weltfremder Trümmerei, die sich vom Irdischen löst und in eine bessere Phantasiewelt flüchtet, sondern ein wollendes, schaffendes Hoffen braucht ein Volk, das tüchtig und gesund wie das deutsche vorwärts strebt. Und wenn ihm keine Regierung diese Hoffnung gibt, so nimmt es sie aus sich selber, aus seiner Kraft und seinem unbeflegbaren Willen zu besserem Dasein. Nicht von oben erzieht sich heute der Geist der Zukunft, er wächst von unten auf.

Die Schweiz in Wirtschaftsnot.

Die deutsche Delegation ist am Freitagmorgen nach Deutschland abgereist, nachdem am Donnerstag noch zwei Vertreter der deutschen Delegation im Bundeshaus vorgesprochen hatten. Wie verlautet, hat die Tatsache der Abreise der deutschen Delegation nicht den Sinn, als ob Deutschland das Abkommen schon jetzt als gescheitert ansehe. Die Vereinigung des Vertrages war Mittwochabend so weit gediehen, daß zum formellen Abschluß die Anwesenheit der deutschen Unterhändler nicht mehr notwendig erscheint. Die deutsche Delegation erachtet sich allerdings formell nach dem 15. Mai nicht mehr an das Abkommen gebunden, hat sich aber entgegenkommenderweise bereit erklärt, daß voraussichtlich trotz des formell vertragslosen Zustandes Deutschland während dieser Wartepause seine Rohstofflieferungen nicht einschränken wird.

Die deutsch-schweizerische Presse betont allgemein, daß die Vertreter der Industrie das im Entwurf vorliegende Abkommen in jedem vertragslosen Zustande vorziehen. Diesem Gedanken hat auch Bundesrat Schulthess bei dem gestrigen Empfang der Pressevertreter Ausdruck gegeben, indem er nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ erklärte, die schweizerische Industrie ziehe den Abschluß eines Abkommens einem vertragslosen Zustande entschieden vor.

Verhaftungen in Irland.

Dublin, 18. Mai. (Reuter.) Es wird berichtet, daß die Führer der Sinnfeiner, de Valera, Gräfin Markiewicz, Artur Griffith, Dr. Dillon und der Abgeordnete Cosgrave verhaftet worden seien.

Nach Meldungen der „Times“ scheint der Kreis der Verhaftungen noch größer zu sein. „Times“ erzählt aus Dublin, daß eine erhebliche Anzahl von Personen in Dublin und ganz Irland verhaftet worden sei.

Die Verhaftungen stempeln die Lage ab. Als unlängst der Marschall French zum Vizekönig von Irland ernannt wurde, war man darauf gefaßt, daß die Säbeldikatur auf der grünen Insel beginnen werde. Und das geschieht in demselben Zeitpunkt, wo den Iren die Selbstverwaltung gegeben werden soll. Zudem man die Elemente, die auf volle, unzweideutige Freiheit drängen, verhaftet, bestätigt man, daß der Wert der beabsichtigten Zugeständnisse nicht ausreichen wird, die Iren für England zu gewinnen.

Die französische Sozialistenfraktion kündigt eine Interpellation über Kriegspolitik an.

Paris, 18. Mai. (Havas.) Die sozialistische Kammergruppe beschloß die Initiative zu einer Interpellation über die auswärtige Politik der alliierten Regierungen zu ergreifen.

Ein Zeitpunkt für die Einbringung der Interpellation wird noch nicht angegeben. Summiert man, was seit den letzten parlamentarischen Auseinandersetzungen der sozialistischen Fraktion über die französische Kriegspolitik von deren Wortführern in der Presse gegen das Regime Clemenceau geschrieben wurde, so ist immerhin darauf zu rechnen, daß ein lebhaftes Feuer sich entzündet. Das Wichtigste der Debatte dürfte mit der Kaiserbrief-Affäre in Zusammenhang stehen. Die Annahme liegt nahe, daß Clemenceau auf die Forderung zu antworten haben wird, die Gelegenheit zu Friedensberatungen in Zukunft nicht mit Ausschüßeln in den Wind zu schlagen. Zugleich dürfte die Debatte einigen Aufschluß ermöglichen

über die Bedeutung, die der wilsonistischen Aktion Varennes, die eine Annäherung an Clemenceaus Politik darstellte parteipolitisch zugemessen ist. Wird der „Temps“ etwa recht behalten mit der triumphierend verkündeten Annahme, Renaudel lieere in der „Humanité“ Schamügel um seinen Rückzug zu decken? Einen Rückzug nämlich, der auch ihn in die Gefolgschaft des Tigers bringen würde.

Der ukrainische sozialistische Kongress gegen Skoropadsky.

Dem Ukrainischen Pressebureau, Berlin, wird aus Kiew über den Kongress der ukrainischen sozialistischen (liberalistischen) Partei vom 10. bis 12. Mai telegraphiert, daß folgende Resolutionen einstimmig angenommen wurden:

Die Partei schließt für den gegenwärtigen Augenblick jede Möglichkeit einer Verbindung bzw. eines Bundes mit Großrußland aus, hält aber eine Verbindung mit anderen Nachbarstaaten für möglich. In der Resolution über das Verhältnis zu den Zentralmächten werden diese besetzten Mächte genannt. Der Kongress erklärt sich für die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern. Er erachtet jedoch das vom Hetman herausgegebene Staatsgrundgesetz für absolutistisch und antidemokratisch. Mit demselben Ausdruck wird das gegenwärtige Kabinett bezeichnet, das als reaktionär und antisozialistisch zu bekämpfen sei; die Partei verbietet ihren Mitgliedern, an demselben teilzunehmen.

Zum Schluß fordert der Kongress die Herausgabe von Gesetzen, das ukrainische Staatsbürgerrecht betreffend. Auf Grund dieser Gesetze soll binnen vier Monaten die Einberufung eines ukrainischen Reichstages erfolgen.

Der Prediger in der Wüste.

Ein Friedensbrief Lord Courtneys.

Dem Haager „Vaderland“ zufolge bringt „Manchester Guardian“ einen Brief von Lord Courtney. Der Brief enthält, was Lord Courtney bei der Friedensdebatte im Oberhaus gesagt haben würde, wenn er hätte zugegen sein können. Jetzt nach seinem Tode wirkt der Brief wie ein Testament. Seiner Ansicht nach kann keine der kriegführenden Parteien besiegt werden. Berlin ist für England unerreichbar. Weder ein Verlangen Deutschlands noch die anwachsende Hilfe Amerikas können zur Folge haben, daß die Deutschen an den Rhein zurückgeworfen werden. Courtney fragt, was für einen Zweck es habe, noch weiterhin die Jugend und die Manneskraft, die Bildung und das Christentum in Europa hinzupferen. Wenn auch nur die Möglichkeit einer Vereinbarung bestehe, dürfe sie dann kategorisch von der Hand gewiesen werden? Ist es berechtigt, jede Annäherung als eine Unaufrichtigkeit, jedes Anerbieten als einen Fallstrick anzusehen? Courtney gibt zu, daß dergleichen Anerbieten nur insgeheim und nur durch wenige Vertraute untersucht werden könnten, aber er bezweifelt, ob die Entscheidungen dieser Wenigen klug gewesen seien und er wünscht, daß, wenn sich wieder eine Gelegenheit ergäbe, England zeige, daß es jedenfalls zu einem gerechten Frieden durch Versöhnung bereit sei. Die Behauptung, daß Deutschland im Augenblick nicht für einen solchen Frieden sei, lehne er mit Hinblick auf England ab, das jetzt auch nicht vom Frieden hören wolle. Courtney schreibt: Wir sind einander so ähnlich, die Sozialdemokratie und unsere Arbeiterpartei, die Nationalliberalen und unsere liberalen Imperialisten, die Junker und die feindsichtigen Vagabunden mit ihrer Tradition stiegricher Herrschaft sind sich völlig gleichwertig. Darum ist es Zeit für die klugen Männer, für die gewissenhaften Männer unseres Landes, aufzustehen und uns den Feldschlachten und dem Krieg, der nicht sterben will, nach dem Herzen des Menschen, nach der Zukunft zu führen.

Die Schicksale der Friedensbewegung im Verlauf des Krieges, ihr Aufsteigen zu den höchsten Hoffnungen und Wiederrückfallen auf das Niveau der Anfänge, haben Lord Courtney nicht müde werden lassen, sein ideales, notwendiges Ziel wieder und wieder vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Er spähte aus nach den Möglichkeiten des Vereinbarens und Versöhnens, nach den Annäherungen der getrennt marschierenden politischen Richtungen. Aber weil er sich in der Wertung dieser Elemente als ein Missionär alter Schule, der er war, äußerte, deshalb gelang es ihm auch nicht, einen irgendwie starken Anhang von fester Gesinnung hinter sich zu bringen. Der Appell an die moralische Einsicht allein kann dem Friedenswillen nicht zur entscheidenden Kraft verhelfen. Nur als ein Teil in dem großen Drängen nach Frieden hat er stählende Bedeutung, und hier lag das Verdienst des greisen Lord.

Die Lage an der Westfront.

Berlin, 18. Mai. Längs der ganzen Westfront war die Artillerie- und Patronenaktivität äußerst reger. Das beiderseitige Feuer lebte gegen Abend erheblich auf und dauerte die ganze Nacht mit großer Heftigkeit an. Schwere deutsche Flachfeuer beschloß die Schäfte 6 und 7 von Avesnes, den Schacht 12 südlich Sault la Bourde, ferner das Stahlwerk und das Maschinenhaus von Grenay. Bei Avesnes, an der Römervorstadt, und bei La Haussonne wurden starke Explosionen beobachtet, die augenscheinlich von getroffenen Munitionslagern herrührten. Vor Verdun wurden bei Beaumont erkannte feindliche Truppenansammlungen unter wirksamem Vernichtungsgeschütz genommen.

Die Engländer beschossen Lens mit schweren Mörsern. Sie wie die Franzosen fahren fort, die noch erhaltenen Detachments weit hinter der Front zu zerstören. Verville, Noigise und Gailletel wurden durch das Feuer weittragender Geschütze schwer beschädigt. Laon erhielt das übliche Feuer. Meger griffen die Stadt Courmayeur an. Ihren Bomben fielen zahlreiche Einwohner zum Opfer.

Zwischen den Stellungen kam es zu lebhaften Patrouillengefechten. Englische und belgische Vorstöße wurden am Herculanal, sowie westlich von Metz abgewiesen. Die Franzosen verhielten sich mit Großpatrouillen beiderseits Laiffage, sowie östlich Saniz zur Maas vorzuführen, wurden aber teils durch Feuer, teils durch Gegenstoß im erbitterten Nahkampf abgewiesen. — Deutsche Stoßtrupps drangen nordöstlich Hingès, sowie westlich Montdidier vor und brachten mehrfach Gefangene ein.

Die klaren hellen Nächte der vergangenen Woche begünstigten in hohem Maße die Angriffe der deutschen Bombengeschwader. Nacht für Nacht trachen weit hinter der Front in den englischen und französischen Unterkeruorten und Versammlungsräumen, Bahnanlagen und Depots die deutschen Bomben. Trotz aller starken Gegenwirkung, durch Scheinwerfer und Geschütze wurden die Angriffe erfolgreich durchgeführt. Auf Calais, Danlischen, St. Omer, Compiègne und Soissons wurden nicht weniger als 176.500 Kilogramm Bomben abgeworfen.

Neue U-Boots-Erfolge.

Berlin, 18. Mai. Amtlich.

Das von Kapitänleutnant Grünert befehligte U-Boot hat an der Westküste Englands 5 bewaffnete tiefbeladene Dampfer mit zusammen 21.000 Br.-R.-Z. versenkt. Darunter ein mindestens 8000 Br.-R.-Z. großes Schiff. Ramentlich festgestellt wurde bewaffneter französischer Dampfer St. Charmond (2866 Br.-R.-Z.). Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Umwandlung des Berliner polnischen Pressebureaus. Vor einigen Tagen erhielt der bisherige Leiter des polnischen Pressedienstes in Berlin, Wilhelm Feldman, vom polnischen politischen Departement die nachgesuchte Entlassung. Das Berliner polnische Pressebureau soll, wie W. F. B. aus Warschau meldet, „entsprechend den beiderseitigen Bedürfnissen“, nuncmehr umgewandelt werden. Zu diesem Zweck haben sich im Auftrag der polnischen Regierung am 16. Mai Prinz Matthias Radzivil, Graf Konikier, Graf Potulski und Dr. Schmidt nach Berlin begeben.

Der französische Flieger Gilbert, der im Verlauf des Krieges mehrmals und zuletzt neulich aus der Schweiz entflohen war, ist bei Villacoublay tödlich abgestürzt.

Painlevé ist an Stelle des verstorbenen Millebode zum Präsidenten des Luftamts ernannt worden.

Das Kriegsgesetz der Italiener. Der Washingtoner Vertreter der Associated Press telegraphiert: Italien hat die Vereinigten Staaten unverbindlich benachrichtigt, daß die Anwesenheit von einigen tausend amerikanischen Truppen an der italienischen Front sehr wünschenswert sei. In Anbetracht der deutschen Propaganda würde ihre Gegenwart Zivil- und Militärbevölkerung ermutigen.

Englischer Seeresbericht aus Ostafrika. In Portugiesisch-Ostafrika befinden sich unsere Kolonnen auf dem Marsch gegen die Hauptmacht der Deutschen, die sich in der Nähe von Namugo, ungefähr 150 Meilen südlich des Zusammenflusses der Novuma und Ujenda und 190 Meilen von Port Amelia landeinwärts festgesetzt haben soll. Deutsche Truppen, die unserm Vormarsch von Port Amelia aus Widerstand entgegensetzten, gingen kämpfend nach Nakhungesehen in schwierigem Gelände gegen Namugo zurück. Portugiesische Kolonnen operieren mit uns zusammen im Norden des Salufusses und südlich vom Lurio.

Zerstörungen an der Geddisabahn. Der englische Seeresbericht meldet: Die Unternehmungen der arabischen Streitkräfte des Königs von Geddis sind wirkungsvoll fortgesetzt worden. Die Station Wadi-Jerdun und ein Posten an der Geddisabahn wurden überfallen, 30 Feinde getötet, 140 gefangen genommen, außerdem ein Gebirgsgeschütz und 3 Maschinengewehre erbeutet. Gleichzeitig wurden mehrere Meilen Bahngleise und drei Brücken zerstört. Am selben Tage griffen arabische Truppen feindliche Verteidigungswerte bei Maan an und machten 124 Gefangene. Es wurden noch Zerstörungen vorgenommen an der Eisenbahn in der Nähe von Akabar, Bejagja und Bain le Gul (85 bzw. 80 Meilen südlich und östlich von Maan).

Die amerikanischen Frontverluste. Nach amtlicher Meldung aus Washington sind die Gesamtverluste der Amerikaner seit Kriegsbeginn auf folgende Ziffern gestiegen: Gefallen 2240, verwundet 3000, gefangen genommen 55, vermißt 202. Gesamtzahl an Verlusten 5506.

„Mit Hilfe der Behörden tot gemacht.“

Kriegervereine und Kriegsteilnehmerorganisationen.

Zu Pfingsten halten die preussischen Kriegervereine in Berlin eine außerordentliche Tagung ab, die u. a. auch zu den während des Krieges neuentstandenen Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer Stellung nehmen soll. Es ist dies nicht die erste Tagung der Kriegervereine, in der das geschieht, schon die XV. Vertreterversammlung des Kyffhäuserbundes der Deutschen Landes-Kriegerverbände, die am 17. und 18. September 1916 stattfand, hat sich mit den Neugründungen während des Krieges beschäftigt. Freilich existierten damals die heute bedeutendsten Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, wie der freihetlich orientierte „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ noch nicht, die damals bestehenden Neugründungen hatten mehr den Charakter der Organisationspielerei. Dennoch ist es interessant, die damalige Stellung der Kriegervereine zu diesen harmlosen Gebilden kennen zu lernen. Seite 37 des amtlichen gedruckten Protokolls gibt darüber Auskunft. Dort berichtet der Vorsitzende des preussischen Landes-Kriegerverbandes, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Westphal:

Es war ja zu erwarten, daß bei Beginn des Krieges Sondervereinigungen und neue Organisationen austauschen würden. In Breslau hat sich ein Bund der Ritter des Eisernen Kreuzes gebildet, auf den wir durch den Vorstand des Schlesischen Provinzialverbandes rechtzeitig aufmerksam gemacht wurden. Mit Hilfe des Ministeriums des Innern und des tatkräftigen Eintretens des Herrn Generals v. Paczuszky und Tenczin und von Excellenz v. Reichenstein ist es uns gelungen, den Bund tot zu machen.

Dann tauchte auf einmal ein Großbund der Feldgrauen auf, ein Bund reichte nicht aus, es mußte ein Großbund sein. Dieser Großbund war von vornherein nicht lebensfähig. Hinter diesem Großbund stand ein Verlagsunternehmen; es sollte eine Zeitung herausgegeben werden, deren Träger der Großbund sein sollte. Mit Hilfe der Behörden ist es gelungen, auch diesen Großbund zu beseitigen; wir haben seit Jahr und Tag nichts mehr von ihm gehört.

Wir haben an den „totgemachten“ Verbänden keinerlei sachliches Interesse und ihre Bestrebungen waren aller Wahrscheinlichkeit nach den unseren völlig entgegengesetzt. Aber es muß doch im höchsten Maße verwundern, wie hier staatliche Behörden in trautem Zusammenarbeiten mit den Kriegervereinen ihnen unbenommen oder überflüssig erscheinende Vereinigungen tot zu machen, als ob es ein gesetzliches Vereinigungsrecht in Deutschland nicht gäbe. Die von Herrn Westphal namhaft gemachten amtlichen Stellen und Personen werden sich wohl darüber zu verantworten haben, wie sie es sich einfallen ließen, gesetzlich zulässige Verbindungen von Staatsbürgern den Kriegervereinen zuliebe einfach zu unterdrücken!

Dieses Vorgehen gegen andere Organisationen kann unsere Bedenken gegen die Kriegervereine nur verschärfen. Und diese Kriegervereine wollen — auch das ist Gegenstand der Pfingsttagung — jetzt durch den von ihnen geplanten „Reichskriegerbund“ eine materielle Macht über sämtliche Kriegsteilnehmer gewinnen, und man hört, daß das Reich 300 Millionen Mark zu diesem Zweck hergeben soll. Der Reichstag wird hier zu wachen haben, daß nicht Reichsgelder zu politischen Zwecken an eine politisch gefährdete Organisation ausgegeben werden, deren Bestreben es oben drein ist, mit Hilfe der Behörden die freie Vereinsbildung der Kriegsteilnehmer tot zu machen.

Das amtliche Wahlergebnis von Zwickau.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis haben bei der am 13. d. M. im 18. sächsischen Wahlkreis stattgefundenen Reichstagswahl von 28 467 Wahlberechtigten 21 599 Wähler ihre Stimme abgegeben. Davon entfielen auf Meyer (Soz.) 12 433, auf Klug (Nationaler Arbeiter) 6191, auf Hecker (N. Soz.) 5036, auf Braun (Mittelstand) 104 Stimmen. Zerplittert waren 4, ungenügend 116 Stimmen. Meyer ist somit gewählt.

Eine konservative Anfrage gegen Erzberger.

Der altdeutsche Feldzug gegen den Zentrumskoalitionären Erzberger ist in eine neue Phase getreten. Der konservative Abgeordnete Graf Westarp hat eine kleine Anfrage eingebracht, die folgendermaßen lautet:

„Trifft es zu, daß der Abgeordnete Erzberger im Dezember vorigen Jahres mit Einverständnis des Auswärtigen Amtes eine Reise nach Wien unternommen hat, über deren Ergebnis er dem Herrn Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt Bericht erstattet hat?“

„Hat es sich dabei um politische Angelegenheiten gehandelt, zu deren Erledigung der Abgeordnete Erzberger vom Auswärtigen Amt beauftragt oder ermächtigt war?“

„Sind dem Abgeordneten Erzberger seitdem auch sonst derartige Aufträge oder Ermächtigungen zu politischer Tätigkeit im Ausland erteilt worden, und welche Obsequenzen sind dem Abgeordneten Erzberger vom Auswärtigen Amt übertragen?“

Durch diese Anfrage sollen die zwischen Erzberger und dem Graf Westarp wegen der Wiener Reise entstandenen Differenzen offenbar weiter verliert werden. — Graf v. Schönburg, der annerkennungsfähige Führer des sächsischen Zentrums, der Erzberger in öffentlicher Versammlung ein „verlogenes Subjekt“ tituliert hat, teilt entgegen anders lautenden Meldungen mit, daß ihm noch keine Klage Erzbergers zugestellt worden sei.

Elfaß-Lothringen und Polen.

Unser Verhältnis zu Elfaß-Lothringen und Polen betreffen zwei beim Reichstag eingelaufene kleine Anfragen. Die eine ist unterzeichnet von dem in Elfaß-Lothringen gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten. Sie führt darüber Beschwerde, daß die aus Elfaß-Lothringen stammenden Soldaten nur in ganz seltenen Ausnahmefällen den ihnen zuzurechnenden Urlaub erlangen und fragt den Reichskanzler, ob er bereit ist, dafür zu sorgen, daß die elfaß-lothringischen Soldaten genauso behandelt werden wie die Soldaten nicht elfaß-lothringischer Herkunft.

Die andere Anfrage ist gestellt von dem polnischen Abgeordneten v. Trampczynski. Sie geht davon aus, daß zahlreiche frühere russische Soldaten polnischer Nationalität, welche nach der Demobilisierung des russischen Heeres infolge des Friedensschlusses auf die Zusicherungen der deutschen Kommandostellen, daß diese ehemaligen russischen Soldaten in ihre Heimatorte zurückkehren dürfen, die deutschen Linien passiert haben, — trotz des Bestehens der vorgeschriebenen Legitimationsarten aufgegriffen und in die Gefangenenlager zurückgeschickt worden seien. Der Reichskanzler wird gefragt, was er zu tun gedenke, um den Festgehaltenen die ihnen rechtswidrig entzogene Freiheit wiederzugeben.

Wie oft kann die Wahlrechtsvorlage gelesen werden?

Im allgemeinen werden wichtigere Gesetze in den Parlamenten drei Lesungen unterzogen. Die erste Lesung schließt mit der Verweisung an die Kommission, die zweite Lesung mit der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen, die dritte mit der Abstimmung über das gesamte Gesetz. In Preußen ist bekanntlich bei allen Gesetzen, die eine Änderung der Verfassung mit sich bringen, noch eine vierte Lesung notwendig, denn die Verfassung schreibt vor, daß verfassungsändernde Beschlüsse nach 21 Tagen wiederholt werden müssen.

Die Wahlrechtsvorlage ist nun aus der dritten Lesung als Torso hervorgegangen, da bezüglich des grundlegenden § 3 überhaupt kein Beschluß zustande kam. Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob das Abgeordnetenhaus befugt sei, das entstandene Vakuum in der vierten Lesung auszufüllen, und welche Folgen sich hieraus ergeben würden. Die „Köln. Ztg.“ vertritt die Ansicht, daß der Sinn der Verfassungsvorschrift zwei gleichlautende Beschlüsse mit einer dazwischen liegenden Frist von 21 Tagen verlangen. Stimme also der Beschluß der vierten Lesung mit der dritten nicht überein, so müsse nach 21 Tagen eine fünfte Lesung abgehalten werden. Andererseits sei die vierte Lesung genau so zu behandeln wie die dritte Lesung, es könnten also genau wie bei der dritten Lesung auch bei der vierten Änderungsanträge usw. gestellt werden. Das genannte Blatt beruft sich für seine Auffassung auf Präzedenzfälle in den achtziger Jahren.

Diese Auffassung führt aber zu sehr merkwürdigen Konsequenzen. Können die Beschlüsse der dritten Lesung in der vierten geändert werden, so kann auch die fünfte Lesung wieder umwerfen, was die vierte Beschloß. Alsdann wäre eine sechste Lesung nach abermals 21 Tagen notwendig, und bei dieser genügt wiederum die kleinste Änderung, um nach weiteren drei Wochen eine siebente Lesung notwendig zu machen. So kann es weitergehen von drei Wochen zu drei Wochen mit achter, neunter und zehnter Lesung bis in die achtraue Unendlichkeit.

Man halte das nicht für theoretische Spielereien. Bei den verzweifeltsten Eiertänzen der Helten um Lohmann ist alles möglich. Dabei ist doch schon mindestens drei oder vier ganz verschiedene Pluralwahlrechtsanträge eingebracht. Wer hindert sie, bei jeder neuen Lesung mit einem neuen Pluralwahlrechtsvorschlag zu kommen? Am lächerlichsten wäre bei solchem Spiel natürlich die Stellung der Regierung, die sich dieses Treiben ruhig bieten lassen muß, nachdem sie die Auflösung des Hauses bis zu den griechischen Kalenden vertagt hat.

Wie wenig ein Pluralwahlrecht imstande ist, irgendeinen vernünftigen Gradmesser für den Wert eines Wählers aufzustellen, davon zeugt eine Zuschrift, die ein Freund unseres Blattes an uns richtet. Er hat sein eigenes Wahlrecht nach den verschiedenen im Abgeordnetenhaus in Vorschlag gebrachten Stimmensystemen berechnet und ist dabei zu dem merkwürdigen Ergebnis gekommen, daß er nach dem einen System mit vier oder fünf Rufstimmen in eine der höchsten Klassen kommen, dagegen nach dem anderen mit einer einzigen Grundstimme in der niedrigsten Wählerklasse bleiben, bei einem dritten mit einer Rufstimme die Mitte halten würde. Er bittet die Freunde des Pluralwahlrechts, ihn doch darüber aufzuklären, ob er sich nun als ein ungenügendes Mitglied des preussischen Staates oder als eine stumpfsinnige Nummer der „urteilslosen Masse“ zu betrachten habe.

Entlassung der Kriegsfreiwilligen des Jahrganges 1899 und der älteren Jahrgänge. Nachdem durch Erlass vom 1. April 1918 die Entlassung der auf Grund der Landsturm-Aufrufe zu den Fahnen einberufenen Wehrpflichtigen des Jahrganges 1899 verfügt worden ist, entspricht es der Billigkeit, auch die freiwillig eingetretenen noch wehrpflichtigen Angehörigen des Jahrganges 1899 und die älteren nicht mehr wehrpflichtigen Kriegsfreiwilligen zu entlassen. Soweit sich diese nicht in wichtigeren Stellen befinden (z. B. als Offiziere, Bezüge, Beamte usw.), ist ihre Entlassung ohne weiteres durchzuführen; im übrigen hat die Entlassung nach Erfahrgestellung, sobald es die dienstlichen Verhältnisse zulassen, zu erfolgen. Freiwilliges Verbleiben im Dienst ist zulässig und erwünscht für die Durchführung der Entlassung sind grundsätzlich die Ersatztruppenteile zuständig. Die Entlassenen dürfen im Bereiche des Heeres auf Dienstvertrag beschäftigt werden.

Der wiedergewordene Barde. Max Weber, der sich Dichter nennt, obwohl sein Dichten mit Kunst sehr wenig gemein hat, beität sich in einer alldeutschen Korrespondenz als politisches Genie. Die Portugiesen haben es dem feurigen Barde angetan, ihnen gilt sein Nachgeschrei. Max Weber zeigt klar, was wir von Portugal verlangen müssen: 1. eine Flotten- und Kohlenstation in Lissabon; 2. die Abtretung sämtlicher portugiesischer Kolonien, nicht nur der auf dem afrikanischen Kontinent, sondern auch der Azoren, der asiatischen Kolonien usw. — Die Kohlenstation in Lissabon wollen wir Max Weber bewilligen, falls er sich verpflichtet, nach Lissabon auszuwandern und nur noch dort, nicht in Deutschland, zu hohlen.

Alters und Wahlrecht. Der gegen den offiziellen Zentrumslandkandidaten in Koblenz gewählte Piarrer Graber ist vom Bischof von Trier seiner geistlichen Funktionen entsetzt worden. Jetzt hat nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau“ der Fürstbischof von Breslau dem Geistlichen Wladislaus Kobota verboten, für die Reichstagswahl in Lublinitz-Lost-Gleiwitz die ihm angebotene Kandidatur für die Polenpartei anzunehmen.

Parteinachrichten.

Die „verblödeten und stumpfen“ Massen.

Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Albrecht vertahrt sich in dem „unabhängigen sozialdemokratischen Zeitungsdiens“ gegen die Behauptung, daß er zu dem Ausfall der Zwickauer Wahl gehört habe: „Mich mündert's nicht, die Massen sind ja verblödet.“ Die Erwähnung beginnt mit der Ueberschrift „Lagerischer Parteikass“ und endet mit dem verlegenen Zustand, daß Albrecht diesen Ausdruck doch getan hat. Er habe nun noch hinzugefügt: „Die Massen sind ja verblödet durch eure Politik und den Belagerungsstand.“ Aus welchem Grunde Albrecht die Massen für verblödet hält, ist ziemlich gleichgültig; das Wesentliche bleibt die Feststellung, daß die Unabhängigen, die sich ständig auf die Massen berufen, diese mit hochmütigem Achselzucken für „verblödet“ erklären, wenn sich herausstellt, daß die Massen ihnen keine Gefolgschaft leisten. Dasselbe wie Albrecht um übrigens auch das „Berliner Mitteilungsblatt“ der Unabhängigen. Es erklärt die proletarischen Massen für „stump“ und spricht mit Verachtung auf die sozialdemokratischen Wähler von der „politisch ungehaltenen Mittläufermasse“ (in einem Wahlkreis, der bereits 1907 sozialdemokratisch wählte). Die Unabhängigen wenden damit ganz die Taktik der reaktionären bürgerlichen Parteien an, welche bekanntlich den Massen die politische Reife für das Wahlrecht absprechen, weil diese sozialdemokratisch und nicht konservativ wählen. Daß der Mangel der politischen Reife nicht bei den Massen, sondern möglicherweise bei den Leuten liegen könnte, denen sie die Gefolgschaft verweigern, darauf ist noch kein Reaktionsär und kein Unabhängiger verfallen.

Die durchgefallenen „Unabhängigen“.

In dem von uns bereits wiederholt erwähnten Rechtsstreit, den die alte sozialdemokratische Partei, im besonderen Fall die Firma Gerisch u. Co., gegen die Unabhängigen in Düsseldorf auf Rückgabe des ihr zu Unrecht entzogenen Geschäfts, insbesondere der Zeitung, führen mußte, liegt jetzt das Erkenntnis des Landgerichts Düsseldorf vor. Das Urteil enthält wichtige prinzipielle Feststellungen, so daß die Wiedergabe seines Inhalts sich verbietet. Das Urteil sagt: Die Firma Gerisch u. Co. ist nicht die wahre Eigentümerin der in Frage kommenden Grundstücke, sondern Treuhänderin. Die Klägerin behauptet, die Firma Gerisch sei Treuhänderin der Gesamtpartei, die Beklagte behauptet, die Firma sei Treuhänderin des sozialdemokratischen Vereins Düsseldorf. Ist ersteres richtig, so dürfte das Unternehmen zweifellos den Unabhängigen nicht übertragen werden, da die Gesamtpartei nicht zugestimmt hat. Aber auch im anderen Falle war die Übertragung ohne Rechtswirksamkeit. Der Wahlverein Düsseldorf hatte beschlossen, sich den Unabhängigen anzuschließen und aus der alten sozialdemokratischen Partei auszutreten. Dieser Beschluß war zwar mit Mehrheit, aber nicht einstimmig gefaßt. § 709 B. G. B. läßt aber nur als Ausnahme zu, daß die Geschäftsführung nach dem Gesellschaftsvertrag der Mehrheit zusteht. Es gilt dies nur für Beschlüsse, die sich im Rahmen der durch den Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Geschäfte halten. Handelt es sich um darüber hinausgehende Geschäfte, so ist Einstimmigkeit erforderlich. Dieser Fall liegt hier vor. Durch den Anschluß an die Unabhängigen wurde dem sozialdemokratischen Verein Düsseldorf ein anderer Zweck, nämlich die Erreichung wesentlicher anderer politischer Ziele, gesetzt und damit Charakter und Wesen des Vereins von Grund aus geändert. Die Folge des Beschlusses war daher, daß diejenigen, die ihn gebilligt hatten, aufhörten Mitglieder des Vereins zu sein. Den alten sozialdemokratischen Verein bildete weiter die Minderheit. Die Mehrheit des Vereins war daher nicht mehr die Trägerin der dem alten Verein zustehenden Rechte. Die Firma Gerisch u. Co. war daher berechtigt, die Herausgabe des ihr widerrechtlich entzogenen Vermögens zu beanspruchen.

Es lag auch Anlaß vor, im Wege der einstweiligen Verfügung einzugreifen. Es war der Firma Gerisch u. Co. durch das widerrechtliche Vorgehen der Unabhängigen die Verfügung über das Zeitungsgeschäft und damit die für eine politische Partei überaus wichtige Möglichkeit genommen, das Unternehmen ihren politischen Anschauungen gemäß zu leiten.

Aus den Organisationen.

Am Himmelfahrtstage fand in Magdeburg ein Vereinskongress der Kreisorganisationen statt. Der Vorsitzende, Genosse Koch, erstattete einen Bericht über die Tätigkeit der Organisation in der Kriegszeit. Die Funktionärstagen haben fast einstimmig die Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes gutgeheißen. Die Mitgliederversammlungen und zu einem erheblichen Teil auch die öffentlichen Versammlungen waren leider schwach besucht. Auseinandersetzungen mit Unabhängigen hat es nur in Ausnahmefällen gegeben. Venerbar machte sich aber in einigen Bezirken die Ministerarbeit der Unabhängigen. Es treten allerdings auch manchmal Mitglieder aus, die unabhängige Redensarten nur als Vorwand benutzen, um überhaupt von den Pflichten einer politischen Organisation loszukommen. Die Partei hatte gute Erfolge bei einer Anzahl Gemeindevahlen. Die „Volksstimme“ hat auch im Kreise Wanzleben ihre Abonnentenzahl in erfreulicher Weise vermehrt. Es zeigte sich in einigen Orten, daß die Krise der Organisation überwunden sei, die Entwicklung gehe schon

wieder aufwärts. Genosse Mottsch berichtet über den Stand der Organisation. Am 1. April 1918 waren in zehn Ortsgruppen noch 892 Mitglieder vorhanden. Die Masse hat sich verhältnismäßig gut gehalten, der Massenbestand beträgt 9042,22 M. In einigen Orten macht sich auch schon wieder ein erfreulicher Aufschwung bemerkbar. Genosse Kadian spricht über den Stand der Presse im allgemeinen. Die „Volksstimme“ hat seit August 1914 über 14 500 neue Abonnenten gewonnen. Bei der Verteilung der Haltung der „Volksstimme“ dürfen die Genossen die Schwierigkeiten nicht vergessen, die in der Kriegszeit der sozialdemokratischen Presse erwachsen sind.

Die Beitragserhöhung für weibliche Mitglieder auf wöchentlich 10 Pf., männliche Mitglieder auf 15 Pf. wird angenommen. Dem Vorstand wird Entlastung erteilt.

Als Reichstagskandidat wird nach kurzer Debatte, in der die Frage der weiteren Kriegskreditbewilligung berührt wird, Genosse Silberbach einstimmig wieder aufgestellt. Als Landtagskandidat wird Genosse Julius Koch ebenfalls einstimmig aufgestellt.

Die wirklich „Unabhängigen“.

Ein Hauskassierer einer rheinischen Parteioffiziersorganisation schreibt uns: Bei den Auseinandersetzungen zwischen den „Regierungssozialisten“ und den sogenannten „Unabhängigen“ wird viel zu wenig auf einen traurigen Erfolg der Parteipaltung hingewiesen. Es betrifft dies die Tatsache, daß die Spaltung von manchen Unabhängigen benutzt wird, um sich jeder politischen Organisation zu entziehen. Kommt man als Hauskassierer zu diesen bisherigen Genossen, so machen sie radikale Sprüche und erklären pomphaft, sie könnten eine Politik, wie sie jetzt von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrieben werde, unter keinen Umständen mit Beiträgen unterstützen. Die Leute sind im Unrecht, aber ihr Einwand läßt sich hören. Nur müßte man annehmen, daß diese besonders radikalen Sozialdemokraten nun ihre finanzielle und moralische Betätigung den „Unabhängigen“ zuwenden. Nach meinen vielfachen Erfahrungen ist dies aber keineswegs der Fall. Grundtät man sich bei Funktionären der „unabhängigen“ Parteioffiziersorganisation nach diesem oder jenem, der doch jetzt ein eifriges Mitglied ihres Vereins sein müßte, so erfährt man oft, daß der Uebertritt zwar bei uns ausgetreten, jedoch nicht Mitglied der U. S. P. geworden ist. Sind an und für sich schon, wenigstens in unserem Gebiet, diejenigen Mitglieder nicht zahlreich, die als Protest gegen unsere Politik die Organisation verlassen, so ist nach meinen und meiner Kollegen Erfahrungen sicher, daß nur ein kleiner Teil der Ausgeschiedenen sich der U. S. P. anschließt. Nach unseren Beobachtungen hat die Spaltung in der Organisationsarbeit praktisch bisher nur zwei „Erfolge“: 1. Bei den politisch Ungehaltenen, und ist auch jetzt noch die ungeheure Mehrheit der Arbeiter, wird die Agitationsarbeit für jede Richtung erleichtert, weil die Leute durch den Parteistreit in ihrem Vertrauen auf den Sozialismus irre werden. 2. Gibt sie denjenigen, die ganz große Worte machen und unterschieden Forderungen an andere stellen, bequemere Gelegenheiten, sich von jeder Verantwortung und Parteitätigkeit zu befreien und sich so ganz und gar „unabhängig“ zu machen. In den Studierstuben großer Theoretiker wiegelt sich die geistige und seelische Verfassung breiter Arbeitermassen ganz anders wieder, als sie in Wirklichkeit ist.

Totenliste der Partei.

In seinem Geburtsort in Jony in Württemberg ist der Kieler Genosse Daniel Rindfleisch nach langem schweren Leiden im Alter von 51 Jahren gestorben. Genosse Rindfleisch war Produkt des Kieler Parteigeschäfts, gewerkschaftlich und politisch außerordentlich reger tätig, und zog, nachdem er neun Jahre als Stadtverordneter tätig gewesen war, mit überwältigender Mehrheit gegen die bürgerlichen Kandidaten gewählt, im Herbst 1916 als erster sozialdemokratischer Stadtrat in den Kieler Magistrat ein.

Letzte Nachrichten.

Die Verhaftungen in Dublin.

London, 18. Mai. (Neuer.) Nach den letzten Meldungen beläuft sich die Zahl der in Dublin Verhafteten auf ungefähr hundert.

Die Ukraine zur beharabischen Frage. — Die Industriellen gegen den Arbeiterschuß.

Kiew, 17. Mai. Eine Note des rumänischen Ministeriums des Aeußeren mit höflicher, aber entschiedener Ablehnung des Einpruchs der ukrainischen Zentralrada vom 13. April gegen die Angliederung Beharabiens an Rumänien ist vorgestern hier eingegangen. Gestern haben Beratungen darüber im Ministerium des Aeußeren unter Zuziehung von Staatsrechtsexperten und des früheren Ministers des Aeußeren Alexander Schulgin begonnen.

Die Verordnungen für Kohlen- und Hüttenindustrie haben auf dem Handelsstage Besorgnisse wegen der Lage der Industrie infolge der wenig befriedigenden Arbeiterverhältnisse geäußert und als sofortige Maßnahmen noch vor einer Reform der Gesetzgebung die Aufhebung der 100-tägigen Fabrikarbeiterausstände und der späteren Kollektiv-Lohnverträge sowie staatliche Regelung der Grundstücke für die Entlassung überschüssiger Arbeiter verlangt.

General Smuts über die Enthüllung von Friedensschritten.

London, 18. Mai. Gelegentlich der Verteilung des Ehrenbürgerrechts von Glasgow an ihn äußerte General Smuts in einer Rede: Die volle Wucht der ganzen angesammelten Anstrengungen im Kriege lastet jetzt auf uns. Wir haben dem Feinde zu beweisen, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß die Briten als Meer- oder Nation müde werden. Smuts gab der Uebersetzung Ausdruck, daß der Krieg entscheidend und nicht hoch unentschieden enden werde. Er drückte sein tiefes Bedauern über die kürzlich vorgelommenen Enthüllungen der Friedensschritte aus, weil, wenn der Krieg zu einem Ende kommen sollte, die Kriegführenden dann und wann inoffiziell in Verbindung treten müßten, um zu erfahren, was ihre Gegner denken und welchen Vorteil sie aus der Lage ziehen müßten, wie sie sie auffassen. Die einzige Alternative sei, weiterzukämpfen, bis die eine Seite völlig ermüdet wäre. Die Zeit muß kommen, fuhr Smuts fort, in der der Feind bereit ist, auf unsere Hauptbedingungen einzugehen, aber wenn keine inoffizielle Vergleichung der Auffassung stattfindet, wie können die Kriegführenden wissen, daß der Feind bereit ist, auf sie einzugehen. Der Weg zur Friedenskonferenz ohne die Gewißheit, daß die Hauptbedingungen angenommen werden, wäre das gefährlichste, was man tun kann. Die Konferenz, die schließlich einberufen werden wird, wird eine Konferenz werden, die Einzelheiten festzusetzen hat, nachdem die Hauptgegner in bezug auf die Hauptziele einig geworden sind. Wie kann man dies ausfindig machen, wenn man nicht miteinander gesprochen hat? Aber wie will man miteinander ins Gespräch kommen, wenn immer wieder Enthüllungen gemacht werden und man mit Steinen gegeneinander wirft? Den Friedenszielen dient man nicht allein mit dem Rat der Armeen, sondern auch mit allen Waffen der Diplomatie, wenn die Zeit reif ist, um uns und unseren Alliierten einen befriedigenden und guten Frieden zu sichern. (Beifall.) Schließlich sagte Smuts, er wüßte nicht, seine Hörer zu ermutigen, aber er glaube nicht, daß der Frieden fern ab sei, und deshalb gebe er dem Volke den Rat, fest und treu zur Regierung zu stehen.

Gewerkschaftsbewegung

Das Taylorsystem und die Organisationen der Arbeiter.

I.

Neben den Problemen, die im Hinblick auf die kommende Friedenswirtschaft erörtert werden, wird in industriellen und volkswirtschaftlichen Kreisen seit längerer Zeit die Frage erwogen, wie später eine wesentliche Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung zu erreichen sei. Es wird hervorgehoben, daß hunderttausende der wichtigsten Arbeiter aus dem Kriege nicht mehr zurückkehren werden, während eine große Anzahl in ihrer Arbeitskraft geschwächt bleibt. Dieses Manko an Arbeitskräften müßte ausgeglichen werden durch eine Erhöhung der Produktivität der menschlichen Arbeit. Letztere aber sei nur möglich durch die Einführung der von dem amerikanischen Ingenieur Frederick W. Taylor bereits mit Erfolg angewendeten wissenschaftlichen Betriebsführung.

Da diese Frage für die Arbeiterorganisationen später eine ungeheure Bedeutung erlangen dürfte, einzelne Arbeiterorganisationen sich mit dem Taylorsystem auch bereits beschäftigt haben, möchten wir dasselbe in Kürze erörtern. Dabei wird zu unterkennen sein, inwieweit das Taylorsystem sich in Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterchaft und damit der Arbeiterorganisationen stellt.

Worin besteht das eigentliche Wesen des Taylorsystems? Taylor will die wissenschaftlichen Grundzüge, welche in der Technik bestehen, auch auf die menschliche Arbeit übertragen. Die größte Prosperität, d. h. Ergiebigkeit, kann beim arbeitenden Menschen nach Taylor nur dann vorhanden sein, wenn er es zu größter und vollkommenster ökonomischer Ausnutzung aller ihm zur Verfügung stehenden Kräfte, d. h. wenn seine tägliche Produktion ihr Maximum erreicht hat. Dieser Grundsatz erstreckt sich auf den die Maschine bedienenden Arbeiter, wie auf den Handarbeiter. Um dieses Maximum von täglicher Leistungsfähigkeit zu erreichen, muß zunächst der Leiter eines Betriebs ein System, eine Wissenschaft für jedes einzelne Arbeitselement entwickeln, die an die Stelle der alten überlieferten Arbeitsmethode tritt. Auf Grund eines wissenschaftlichen Studiums wählt er die passendsten Leute aus, schult und bildet sie. Er will also ebenso wie die psychologische Verfassung zunächst jedes Individuum an den seinen Reigungen, Fähigkeiten und Veranlagungen entsprechenden Platz bringen.

In seinem Buch: „Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung“ zeigt Taylor u. a. an einem Beispiel, wie eine „erste Kraft“, die vorher bei einem täglichen Verdienst von 1,15 Dollar 12 1/2 To. Roheisen verlor, dieses Pensum auf 47 To. steigerte, nachdem der Roheisenverlader unter systematischer Leitung und Kontrolle seine Arbeit zu verrichten gelernt hatte. Als Anreiz für diese erhöhte Leistung wurde diesem Arbeiter der Tagesverdienst auf 1,85 Dollar erhöht. Da nun nach Taylor die größte Prosperität nicht nur des Arbeitnehmers, sondern auch des Arbeitgebers herbeigeführt werden soll, so kann im vorliegenden Falle sicher nicht gesagt werden, daß der Arbeitgeber weniger prosperierte als der Arbeiter. Denn letzterer erhöhte sein Pensum um nahezu 300 Proz., während sich sein Verdienst nur um 60 Proz. steigerte. Weide, Arbeiter wie Arbeitgeber, so betont Taylor, verfolgen in der Entwicklung eines jeden einzelnen zur höchsten Stufe der Bewertung seiner Fähigkeiten gemeinsame Interessen. — Daß in jeder Kolonne Roheisenverlader unter acht Mann (die besten unter 75 Roheisenarbeiter) nur einer war, der das eben erwähnte Pensum leistete, sei nur nebenbei erwähnt. Wie das Roheisenverlader, so kann jede andere Beschäftigung, das Schaufeln von Erde, das Tragen von Körten und Steinen durch besondere Unterweisung einer ausgeklügelten Kontrolle und Juteilung geeigneter Arbeitsgeräte in ihrer Ergiebigkeit gesteigert werden. Diese Betriebsweise sucht die alten Regeln, nach denen bisher auf eigene Faust und Gutdünken gearbeitet wurde, durch eine auf bestimmten Gesetzen beruhende systematische Arbeitsmethode zu ersetzen.

Dem erstklassigen Arbeiter, der bereits jahrelang eine Spezialmaschine bedient hat, sagt Taylor, daß er sein bisher geleistetes tägliches Arbeitspensum um das Mehrfache erhöhen könnte. Es wird daher die Zeit, welche der Mann zur Fertigstellung der einzelnen Teile braucht, aufs sorgfältigste festgestellt. Die Geschwindigkeit und Spannkraft, die er nahm, sowie die Zeit, die er zum Auffpannen der rohen Gußstücke auf die Maschine und zum Wiederabnehmen benötigte, wird genau aufgeschrieben.

Jetzt wendet Taylor auf die Maschine die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung an. Mit Hilfe von Rechenmaschinen werden sorgfältig die Beziehungen zwischen den charakteristischen Eigenschaften der Maschine und der zu leistenden Arbeit; ihre Durchgangskraft bei verschiedenen Geschwindigkeiten und die entsprechenden Tourenzahlen ermittelt. Dann werden Fahrdrate und Riemenvorgelege so geändert, daß die Maschine mit der günstigsten Geschwindigkeit läuft. Werkzeuge und Schneidwerkzeuge werden in den richtigen Formen hergerichtet. Darauf wird ein großer Rechenstabe für die spezielle Maschine angefertigt, der die genauen Geschwindigkeiten und Drehkräfte angibt, mit denen jede einzelne Arbeit in möglichst kurzer Zeit auf der Drehbank herzustellen ist. Nach solchen Vorbereitungen und der Anwendung wissenschaftlicher Betriebsgrundsätze werden dann die Herstellungszeiten verfließt. Taylor betont nun, daß der Uebergang von Faustregeln zum wissenschaftlich-methodischen Betrieb nicht nur ein Studium der angemessenen Herstellungszeit für die einzelnen Arbeiten, sondern auch eine vollständige Umgestaltung der Auffassung der Arbeiter über ihre Stellung zur Arbeit und zum Arbeitgeber erfordert. Die Verbesserungen der Maschinen, das genaue Studium der angemessenen Arbeitszeiten mittels einer Stopp- oder Steckuhr ließen sich schnell durchführen, nicht aber lasse sich sehr schnell eine Umwandlung in der geistigen Auffassung und in den altübergebrachten Gewohnheiten bei den Arbeitern erzielen.

Letzteres ist nur zu begreiflich für diejenigen, denen das von Taylor gepredigte und in der Praxis bereits in Amerika auf breiter Grundlage angewendete wissenschaftliche Betriebsystem sich nicht nur im rosigsten Lichte zeigt.

Es wäre völlig verfehlt, das Taylorsystem in Genuß und Vogen zu vertieren. Ebenso falsch ist es aber auch, die Gegenkräfte gegen diese sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung auf ein starres Festhalten an altübergebrachte Gewohnheiten zurückzuführen zu wollen. Die Schwächen des Taylorsystems sollen in einer zweiten kurzen Abhandlung erörtert werden, wobei wir vorweg bemerken wollen, daß wir in Anbetracht des engherigen Raumes nicht den ganzen Komplex von Fragen berücksichtigen können, die mit dem Thema zusammenhängen.

In Anbetracht der Bedeutung, die diese angestrebte Betriebsmethode für die Arbeiterklasse erlangt, werden wir noch gelegentlich auf deren Behandlung zurückkommen müssen.

Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1917.

Machte der Fabrikarbeiterverband im Vorjahre über einen kleinen Mitgliederzuwachs berichten, so kann er diesmal erfreulicherweise das Gegenteil feststellen. Nicht nur der Verlust von 4583 Mitgliedern des Jahres 1916 ist ausgeglichen, sondern auch die im Jahre 1917 zum Jahresende eingezogenen 7184 männlichen Mitglieder sind durch Neugewinnene ersetzt. Darüber hinaus hat der Verband außerdem eine wesentliche Zunahme erfahren.

Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1917 bereits wieder 110 584 gegen 80 545 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist eine Zunahme von 30 039 oder 37,29 Prozent. Nur einmal seit Bestehen des Verbandes wurde die absolute Zahl der Mitgliederzunahme übertroffen. Im Berichtsjahre wurden 54 458 Mitglieder neu aufgenommen, gegen 14 708 im Jahre vorher. Der größte Prozentfuß der Neugewinnenen entfällt auf die weib-

lichen Mitglieder. Im Jahre 1916 betrug deren Gesamtzahl 22 076 oder 27,41 Proz., im Jahre 1917 dagegen 40 456 gleich 36,58 Proz. der Gesamtmitglieder. Die geschickte Ausnutzung des Hilfsdienstgesetzes hat diesen Erfolg wesentlich erleichtert. Tatsächlich konnte in sehr vielen Fällen erst durch das Hilfsdienstgesetz Verbindung mit der Arbeiterchaft hergestellt werden.

Auch das Finanzwesen des Verbandes hat sich günstiger gestaltet. Die Einnahmen stiegen von 1 752 161 M. im Jahre 1916 auf 2 001 788 M. Nicht in demselben Maße haben sich die Ausgaben erhöht. Sie betragen 1 785 556 M. gegen 1 722 794 M. im Vorjahr. Dadurch erhöht sich der Kassenbestand um 216 227 M. auf 3 774 471 M. Bei der Entwertung des Geldes und bei den erhöhten Anforderungen aller Art, die nach dem Krieg an den Verband gestellt werden dürften, ist jedoch der vorhandene Kassenbestand ungenügend. Deshalb hat der im Dezember 1917 tagende Verbandstag die Beiträge erhöht.

Von den Ausgaben entfallen auf sämtliche Unterstützungen 995 829 M. Die größte Ausgabe erforderte die Krankenunterstützung mit 644 821 M.

Lohnbewegungen hatte der Verband 718 für 462 Betriebe mit 288 058 beteiligten Personen zu führen. Davon waren 712 Angriffs- und 8 Abwehrbewegungen ohne Streik, 1 Angriffsstreik und 2 Abwehrstreiks. Erreicht wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung für 220 284 Personen in Höhe von 1 017 299 M. und eine Arbeitszeitverlängerung für 18 327 Personen von 153 058 Stunden pro Woche.

Tarifverträge bestanden am 31. Dezember 1917 mit den erneuerten und neuabgeschlossenen insgesamt 292 für 572 Betriebe mit 20 416 beschäftigten Personen. Die Zahl der Tarifverträge und der erfaßten Betriebe ist etwas zurückgegangen, dagegen ist die unter Tarifbedingungen arbeitende Personenzahl höher geworden. Von den noch bestehenden Tarifverträgen entfallen 81 auf die chemische Industrie, Gummi- und Pflanzstofffabriken, 81 auf Pflanzstoffe, Zement- und Tonwarenfabriken, 18 auf Papier- und Zellstofffabriken, 51 auf die Nahrungsmittelindustrie und 61 auf sonstige Betriebe.

Der Verband kann mit dem Gesamterfolg zufrieden sein, um so mehr, als die Auswärtsentwicklung im Jahre 1917 auch im neuen Jahre angehalten hat. Werden die im Felde stehenden Mitglieder zum heutigen Stande hinzugezählt, so ist die bei Kriegsausbruch vorhandene gewesene Zahl längst überholt. Der Verband kann deshalb ohne Jagen der Zukunft entgegensehen.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1917.

Während das Vorjahr noch im Zeichen der Herstellungsverbote und der Streckung der Rohstoffe stand, brachte das Berichtsjahr die Durchführung des sogenannten „Dindenburgprogramms“, d. h. Steigerung der Produktion und volle Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte. Das bedingte in der Textilindustrie die Stilllegung vieler Betriebe. Steigerung der Produktion und Stilllegung der Betriebe — ein krasser Widerspruch — und doch ist es Tatsache. In sämtlichen Branchen wurde eine Anzahl „Schlüsselbetriebe“ bestimmt, denen ausschließlich die Herstellungsleistungen zugewiesen wurden. Dadurch sollte Licht, Kraft und Heizung gespart werden. Für den zivilen Bedarf stehen Rohstoffe nur in vermindertem Maße zur Verfügung, so daß die Beschäftigungsmöglichkeit in der Textilindustrie im allgemeinen keine gute war und während der Dauer des Krieges voraussichtlich auch nicht werden wird.

Die Arbeitslosenziffern, die den Beschäftigungsgrad ja widerspiegeln — sie betragen im Januar 9,0 und im Dezember 5,8 vom Hundert — sind im Verlande von Monat zu Monat zwar zurückgegangen, aber nicht, weil die Beschäftigung in der Textilindustrie sich besserte, sondern dadurch, daß immer mehr organisierte Textilarbeiter in anderen Industrien Beschäftigung aufnahmen. Eine Erhebung Mitte des Jahres 1917 zeigte, daß von 38 047 befragten Mitgliedern 10 184 in fremden Industrien beschäftigt waren.

Der Anfang des Jahres brachte die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes sich notwendig machenden Arbeiterauswahlverfahren. Eine reichliche Aufklärungsarbeit mußte hierbei betätigt werden, zumal der Verband gezwungen war, in überwiegender Weise die Ausschüsse aus Arbeiterinnen zusammenzusetzen. Das hatte aber wieder sein Gutes, indem dadurch gerade in die Reihen der Arbeiterinnen ein reges Interesse für die Organisation getragen wurde.

Die Lohnbewegungen standen stark unter dem Einfluß des Hilfsdienstgesetzes. Bei allen größeren Bewegungen mußte eine Vermittlung der Kriegsausschüsse oder Schlichtungsausschüsse nachgesucht werden. Mit wenig Ausnahmen fanden die Textilindustriellen noch auf ihrem alten Standpunkt: Hohe Preise für sich, für die Arbeiter niedrige Löhne! Statistisch erfaßt wurden 202 Bewegungen, die sich auf 110 Orte mit 942 Betrieben und 102 221 Beteiligten erstreckten. Von den Beteiligten waren 35 443 männlich und 76 778 weiblich. Erreicht wurde für 8180 Personen wöchentlich 10 418 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 100 652 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 538 454 M. Eine große Zahl von Bewegungen sind dabei nicht mit erfaßt worden, weil an den einzelnen Orten die Berichtshaltung verlagerte.

Die Mitgliederbewegung ist im Berichtsjahre wieder aufwärts gegangen. Zu Beginn des Jahres zählte der Verband 58 747, am Jahresende 75 253, mithin mehr 16 506 Mitglieder. Die Steigerung der Mitgliederzahlen ist nur auf die weiblichen Mitglieder zurückzuführen; deren Zahl steigerte sich um 20 071, während die Zahl der männlichen Mitglieder noch um 1565 zurückgegangen ist. Der Verlust an männlichen Mitgliedern ist auf deren starke Beschäftigung in anderen Industrien zurückzuführen.

Die Kassenabrechnung hat sich ebenfalls gebessert. Im Jahre 1916 betrug die Einnahme 858 940 M., im Berichtsjahre 1 081 599 M., oder 224 659 M. mehr. Für Unterstützungen wurden 101 474 M. ausgeben, gegen 352 940 M. im Vorjahre.

Alles in allem kann gesagt werden, daß auch im Textilarbeiterverband die Kurve aufwärts gerichtet ist, trotz aller Schwierigkeiten, die gerade die Kriegswirungen für die Textilarbeiter im besonderen gebracht haben.

Tarifabschluss im Berliner Tapezierergewerbe.

Nach wiederholten ergebnislosen Verhandlungen, die bereits zur Aufhebung des Tarifvertrages im Berliner Tapezierergewerbe geführt hatten, fanden in den letzten Tagen erneute Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages führten und damit auf neue tarifregelte Grundlagen für das Gewerbe schafften.

Auf Grund des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 16. Mai ist von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Zwangsinnung zu Berlin und der Verhandlungskommission des Verbandes (Billale Berlin) folgendes Tarifabkommen am 17. Mai abgeschlossen:

Der Durchschnittslohn für Gehilfen beträgt ab 20. Mai pro Stunde 1,00 M. Alle Gehilfen, die diesen Lohn und darüber bereits haben, erhalten ab 20. Mai eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn für geübte Näherinnen beträgt ab 20. Mai 80 Pf. pro Stunde. Alle Näherinnen, die diesen Lohn und darüber bereits haben, erhalten ab 20. Mai eine Zulage von 5 Pf. Auf alle Akkorde erfolgt ab 20. Mai ein Zuschlag auf die Mindestakkordhöhe nach dem Tarif von 1911, der mit den bisher erhaltenen Zuschlägen 100 Proz. betragen muß. Auf die Spezialfälle von 1911 erfolgt ab 20. Mai ein Zuschlag von 100 Proz. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 40 Stunden wöchentlich. Dieses Abkommen gilt vom 20. Mai bis 15. November 1918 und verlängert sich um weitere sechs Monate, falls es nicht sechs Wochen vorher gekündigt wird.

Alle Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, für stiftliche Durchführung dieser Abmachung zu sorgen und Versätze dagegen sofort der Ortsverwaltung zu melden, damit die Schlichtungskommission eingreifen kann.

Freiwergegeschäftsschluß am 2. Feiertag.

Nach § 41 b der Gewerbeordnung kann die obere Verwaltungsbehörde auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden vorschreiben, daß ein Betrieb an Sonn- und Feiertagen nur insoweit stattfinden darf, als Ausnahmen von der Sonntagsruhe zugelassen sind. Auf Grund dieser Ausnahmen (gemäß § 105 b Abs. I G.O.) ist die Beschäftigung von Arbeitern im Freiwerge an allen Sonn- und Feiertagen bis 2 Uhr nachmittags zulässig. Die Praxis ist über diese Bestimmungen längst hinausgegangen und zwar hauptsächlich auf Drängen der Gehilfenorganisation. Die Sonntagsarbeit endet meist um 1 Uhr, vielfach um 12 Uhr mittags. Ein besonderer Erfolg des Verbandes der Freiwerge Gehilfen bedeutet jedoch die Einführung der Betriebsruhe an den drei zweiten Feiertagen (Oster- und Pfingstmontag und zweiten Weihnachtstag). Nur an einigen wenigen Orten, worunter insbesondere Berlin, haben sich die Innungen bis jetzt hartnäckig gegen die Durchführung dieser Reform gewehrt. Aber auch hier gelang es der organisierten Gehilfenschaft, sich die Freigabe der zweiten Feiertage durch tarifliche Vereinbarungen zu sichern. Dabei machte sich allerdings notwendig, die Arbeiterchaft jeweils durch die Parteipresse aufzufordern, die Freiwerge am zweiten Feiertag zu meiden.

Der Gehilfenmangel während der Kriegszeit hat die letzten Widerstände beseitigt, so daß jetzt auch die Berliner Barbier- und Freiwerge ihren Vorstand beauftragt hat, die Betriebsruhe an den zweiten Feiertagen herbeizuführen, wie es in Reutlingen, Weihenstephan, Schöneberg usw. bereits geschehen ist. Da es also hoffentlich das letzte Mal ist, daß die Gehilfenorganisation in ihrem Kampfe um die Freigabe der drei Feiertage die Mithilfe der Gesamtheit anrufen muß, darf sie wohl um so mehr darauf rechnen, daß sie ihr am Pfingstmontag nicht verweigert wird.

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Jahre 1917.

Das vergangene Jahr war reich an Bewegungen auf dem Lohngebiete.

Bereits Mitte März führten die Gehilfen in den Bezirks- und Generalversammlungen Beschlüsse herbei, die durch Vermittlung des Verbandsvorstandes eine baldige Erhöhung von Teuerungszulagen seitens der Prinzipalität erzwangen. Am 28. und 29. April traten beide Parteien in Leipzig zusammen, um für das ganze Reich die Teuerungszulagen zu regeln. Der Ausgangspunkt der Beratungen war der, daß an Stelle der monatlichen Teuerungszulagen von 3,75 bis 17,50 M. eine wöchentliche beschlossen wurde, und zwar für Berlin

	für Verheiratete	für Ledige
bei 0-1 M. über Minimum	9,50 M.	8.- M.
1-3	8,50	7.-
3-5	7,50	6.-
5-7	6,50	4.-
7-9	6.-	4.-
bei höheren Löhnen	4,50	3.-

Die Gehilfen, die im Verrechnen stehen, erhalten dieselbe Teuerungszulage. Die Kinderzulagen kommen in Fortfall.

Die Berliner Gehilfenschaft gab sich mit diesem Resultat nicht zufrieden und durch Vermittlung des Tarifamtssekretärs Kollegen Schliebs gelang es in einer am 31. Mai stattgehabten Verhandlung eine Einigung herbeizuführen durch Bewilligung eines besonderen Kriegszuschlages für Berlin, der die bereits bewilligten Teuerungszulagen um 5, 4, 4 und 3,50 M. auch für Verrechnen erhöhte.

Mit großer Erwartung sah die Gehilfenschaft der ersten Tarifauschussung, die vom 22.-25. Oktober in Berlin tagte, entgegen. Berlin erhielt einschließlich des lokalen Kriegszuschlages folgende Mindestsätze für Lohnklasse C:

	für Verheiratete bei einem Wochenlohn	für Ledige bei vorstehenden Grundlöhnen
bis 35,50 M. + 23 M.	= 58,50 M.	+ 19,50 M. = 55 M.
37,50 M. + 21	= 58,50	+ 17,50 = 55
39,50 M. + 20	= 59,50	+ 16,50 = 56
41,50 M. + 19	= 60,50	+ 15,50 = 57
43,50 M. + 18	= 61,50	+ 14,50 = 58

Gehilfen mit höheren Löhnen als 43,50 M. Grundlohn erhalten auf ihren Lohn als Verheiratete 14 M. tarifliche Teuerungszulage, doch ist auf Grund des örtlichen Abkommens der Mindestlohn durch den örtlichen Kriegszuschlag auf 61,50 M. zu bringen. Derselbe Grundsatz gilt für die Ledigen, nur erhalten diese eine wöchentliche Teuerungszulage von 11 M. als aufzurechnender Lohnsatz gelten vorstehende 58 M.

Verrechnen erhalten in Berlin als Verheiratete bei einem Durchschnittsverdienst, der den oben bezeichneten Grundlöhnen von 35,50 bis 43,50 M. entspricht, neben dem tariflichen Teuerungszuschlag von 19, 18, 17, 16, 15,50 und 14 M. in derselben Reihenfolge einen lokalen Kriegszuschlag von 4, 3, 3, 3 und 2,50 M., Ledige neben dem tariflichen Teuerungszuschlag von 10, 15, 14, 12 und 11 M. in derselben Weise wie vorstehend einen lokalen Kriegszuschlag von 3,50, 2,50, 2,50, 2,50 und 2 M.

Weiter wurde die Entschädigung für Leberstunden um 75 Proz. erhöht und erhöht sich ferner die Berliner lokalen Kriegszuschläge bei 4 M. Zuschlag um 7 Pf., bei 3 M. um 6 Pf. und bei 2,50 M. um 5 Pf. pro Stunde.

Dieses Ergebnis der Tarifauschussung war zum erstenmal gegen die früheren Beschlüsse von Teuerungszulagen ein wesentlich weitgehendes, was von der Gehilfenschaft auch anerkannt wurde und Befriedigung auslöste.

Die Schriftgießer waren infolge des schwachen Geschäftsganges in einer schwierigen Lage. Der Schriftgiebertarif wurde bis zum 1. Oktober 1918 verlängert.

Die große Mehrheit der Gehilfen arbeitet im Verrechnen. Für die Verrechnen wie für die im Lohn von über 45 M. stehenden Gehilfen ist eine gleichmäßige Teuerungszulage ohne Abstrich vorgesehen. Die unter einem Wochenlohn von 45 M. stehenden haben einen erhöhten Teuerungszuschlag. Die Arbeiterinnen haben nach und nach einen Durchschnittslohn von 30 M. erreicht.

Gasenschränkung, Mangel an Kohlen und Metall beeinträchtigen vielfach die Beschäftigung.

Die Mitgliederzahl des Gewerks betrug am Jahreschluß 5825. Zum Heeresdienst waren einberufen 10 515, davon geheiratet 5250. Aus dem Heeresdienst wieder entlassen oder beurlaubt 2495. Die Zahl der in anderen Berufen beschäftigten Kollegen beträgt 244. Die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer beträgt bis 31. Dezember 1917: 687 030 M.

Große Schwierigkeiten bereiteten im Gewerbe der steigende Mangel an Materialien und die außerordentliche Verteuerung des Papiers. Bei der andauernden Steigerung der Preise für sämtliche Lebensbedürfnisse und der zunehmenden Knappheit der Lebensmittel genügen die bisherigen Teuerungszulagen bei weitem nicht, die Gehilfenschaft sieht daher der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes mit Spannung entgegen.

Am 31. Januar d. J. erlitt der Verband durch den Tod seines Vorsitzenden Emil Böcklin einen herben Verlust. Nahezu 30 Jahre hatte Böcklin der Organisation unschätzbare Dienste geleistet. Die zahlreiche Beteiligung am Tage der Beerdigung legte Zeugnis ab von der Verehrung nicht nur bei der engeren Kollegenschaft, sondern auch der gesamten Berliner Arbeiterchaft.

Beantwortlich für Vorkrieg: Erich Rütner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Anhalt: Theodor Glöde, Berlin; Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin, Rindfleischstraße 3. **Seite 2** **Beilage**